

Georg Auernheimer

Bringt uns TTIP mehr Wachstum u. mehr Arbeitsplätze?

1. Die verschiedenen Prognosen und ihre missbräuchliche Verwendung
2. In globaler Perspektive ein Null-Summen-Spiel
 - 2.1. mehr transatlantischer Handel – weniger Handel innerhalb Europas
 - 2.2. wachsende Märkte in Asien, schwindende Wirtschaftskraft der USA
 - 2.3. mehr Arbeitsplätze welcher Qualität? Verluste durch Privatisierung
3. Überproduktionskrise, Industrie 4.0 als Zukunftsszenario
4. Der fragwürdige Systemimperativ Wachstum

1. Es gibt mehrere Studien zu den wahrscheinlichen Auswirkungen von TTIP. Dabei handelt es sich um Modellrechnungen. Ergebnisse sind abhängig von dem verwendeten Modell (Vergleich: Klimaprognosen).

So hat ein Prof. *Capaldo von der Tufts-University* (Boston) ein Modell verwendet, mit dem er zu negativen Prognosen kommt.

Seine Prognose: Rückgang des BIP, der Beschäftigung und der persönlichen Einkommen, Reduktion der Lohnquote (also erweiterte Kluft zw. arm und reich), Verlust von 600.000 Jobs für die EU und 134.000 Jobs für Deutschland, Rückgang der Staatseinnahmen.

Sein Urteil: positive Prognosen sind auf *ungeeignete Modellrechnungen* gestützt.

Sein Modell: das UN Global Policy Model, das im Auftrag des UN-Sekretariats für makroökonomische Analysen von volkswirtschaftlichen Interaktionszusammenhängen entwickelt worden ist.

Nach meiner Ansicht ist einem solchen Modell mehr zu vertrauen als einer Studie im Auftrag der EU-Kommission, ausgeführt vom Centre for Economic Policy Research.

Zu der Frage, ob ein Modell komplex genug ist, und zur Frage des jeweiligen Erkenntnisinteresses kommt die Frage, wie die Ergebnisse interpretiert werden, wenn sie nicht sogar gegenüber der Öffentlichkeit gefälscht werden.

So hat jetzt Foodwatch aufgedeckt, dass von Unternehmerseite die Ergebnisse der genannten Prognose im EU-Auftrag massiv verzerrt wiedergegeben worden sind, dass nämlich die angeblichen *Wachstumseffekte um das Zehnfache zu hoch* angesetzt waren.

Der Bundesverband der Industrie, die arbeitgebernahe Initiative Soziale Marktwirtschaft, die DIHK, der Verband der Autoindustrie und die CDU mussten zurückrudern

und ihre großen Versprechen beträchtlich korrigieren. Sie hatten niedrigere Schätzungen der Experten unterschlagen, und der BDI hat sogar als einen jährlichen Effekt für den Arbeitsmarkt ausgegeben, was in den Studien als einmalige Niveauanhebung für einen Zeitraum von zehn Jahren angenommen wird.

Die von interessierter Seite veröffentlichten Zahlen waren also eine maßlose Übertreibung.

2. Das Abkommen mit den USA ergibt wahrscheinlich wirtschaftspolitisch in Nullsummen-Spiel. Man muss dabei den Warenhandel und die ausländischen Direktinvestitionen (ADI) im Auge haben.

Schon der Prof. Capaldo weist in seinem Gutachten darauf hin, dass die Zunahme des transatlantischen Handels vermutlich den *Intra-EU-Handel* mindert. Für die deutsche Autoindustrie sieht das so aus: Innerhalb der EU wurden 2 Mio. verkauft, nach den USA nur 350.000.

2010 wurden immerhin 71 Prozent des westeuropäischen Handels innerhalb der Region abgewickelt.

Man muss TTIP im Zusammenhang mit der geopolitischen Strategie der USA sehen, aktuell mit dem Ukraine-Konflikt und den Sanktionen gegenüber Russland. Wenn langfristig der Handel mit Russland und den GUS-Staaten einbricht, führt das zu großen Verlusten. Die GUS-Staaten sind ein äußerst interessanter Markt für die deutsche Industrie (Absatz von Qualitätsprodukten).

Dazu kommt: *Die Wirtschaft der USA schwächelt, die in Ostasien boomt.*

Von 2000 bis 2010 hat sich das Handelsvolumen zwischen Westeuropa und Asien verdoppelt. Und 2010 hatten die Exporte nach Asien das doppelte Volumen der Exporte in die USA.

Zwischen 2001 und 2005 hat sich der US-Anteil an den ADI, die von der EU außerhalb Europas getätigt worden sind, halbiert (von 69 % auf 33 %). Im gleichen Zeitraum sind die ADI in den europäischen Ländern außerhalb der EU angestiegen (Deppe u.a. 2011, 75). Insgesamt ist, was ADI angeht, die EU besser in den Weltmarkt integriert als die USA (Atlas der Globalisierung 2009, 66).

In den USA verbleiben Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung trotz leichter Erholung auf hohem Niveau. Das Lohnniveau ist niedrig. (NAFTA, schwache Gewerkschaften).

Die Mittelschicht ist am Schwinden, vom Abstieg bedroht. Die SZ hat im August letzten Jahres berichtet, dass nach einer Umfrage der Fed nur 48 Prozent der US-Bürger im Notfall z.B. für ärztliche Behandlung 400 USD aufbringen können. 31 Prozent sind ohne Ersparnisse für das Alter (SZ v. 13.8.14).

Die Großstädte sind von Zahlungsunfähigkeit bedroht. 10 Städte und Landkreise hatten 2013 bereits Insolvenz angemeldet. Für weitere wurde eine Notverordnung angeordnet (LMd v. Dezember 2013). Am schlimmsten dran ist Detroit. Die Stadt hat in den 1990er Jahren die Hälfte der industriellen Arbeitsplätze verloren.

Der einzige Wirtschaftszweig, der in den USA wächst und global führend ist, ist ne-

ben dem Agrobusiness (Monsanto etc.) die IT-Industrie (Google etc.), eine gefährliche Konkurrenz für den europäischen Markt.

In Asien entsteht ungeachtet der massenhaften Armut, die es nach wie vor gibt, eine wachsende, konsumfreudige Mittelschicht. In China zählen dazu je nach Maßstab zwischen 300 und 600 Mio. Menschen. In Indien werden inzwischen ebenfalls 300 Mio. zu einer kaufkräftigen Mittelschicht gezählt.

Dazu kommen die großen Infrastrukturprojekte in diesen riesigen Ländern (Verkehr, Energieversorgung, Stadtentwicklung).

Wenn TTIP überhaupt mehr Jobs mit sich bringen sollte, dann stellt sich die Frage ihrer Qualität. Zu befürchten ist eine weiter abnehmende Tarifbindung (bei uns ohnehin nur noch 60 Prozent), Unternehmensverträge anstatt Flächentarife. Zu befürchten ist eine weitere Zunahme von atypischen Beschäftigungsverhältnissen (Leiharbeit, Zeitarbeit, Werkverträge) – kurz die weitere Deregulierung des Arbeitsmarktes. Bekanntes Negativbeispiel: Amazon.

Auch die nach TTIP zu befürchtende Welle der Privatisierungen würde vermutlich zum Verlust von Arbeitsplätzen führen. Nach einer Studie des gewerkschaftsnahen WSI sind mit der Liberalisierung und Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen seit Anfang der 90er-Jahre in Deutschland mindestens 600.000 Arbeitsplätze verloren gegangen (Brandt/Schulten 2008).

DGB-Vertreter haben bei einer Anhörung im Bundestag vorgebracht, dass vergleichbare Abkommen wie TTIP zu einer Negativspirale mit Lohnkürzungen bis zu 30 Prozent geführt haben.

3. Im Übrigen ist abschließend daran zu erinnern, dass die Wirtschaft schon seit Jahrzehnten an einer *Überproduktionskrise* krankt. Das erklärt den aufgeblähten Finanzmarkt. Ohne die aufstrebenden Schwellenländer würde die Wirtschaft stagnieren. Ein neues Wirtschaftswunder ist also ohnehin nicht zu erwarten, eher eine neue Blase.

Was Arbeitsplätze angeht, so muss man sich das Zukunftsszenario vor Augen halten, das unter dem Begriff „*Industrie 4.0*“ gefasst wird. Die Fertigung wird dann nicht nur computergesteuert, sondern kommt ohne Arbeiter aus. Einige Programmierer/innen reichen. Die Rede ist von selbstorganisierten Produktionssystemen und wachsendem Self Service in vielen Dienstleistungsbereichen.

4. Und ganz zum Schluss die ketzerische Frage: Ist weiteres Wachstum überhaupt wünschenswert? Müssen wir nicht zu einem System kommen, das mit weniger oder wenig Wachstum allen ein menschenwürdiges Leben ermöglicht.

Der Planet ist eh längst übernutzt. Die Ressourcen gehen zur Neige.